Zeitschrift: Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association suisse des électriciens, de l'Association des entreprises électriques suisses

Herausgeber: Schweizerischer Elektrotechnischer Verein ; Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen

Band: 72 (1981)

Heft: 10

Rubrik: Pressespiegel = Reflets de presse

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

kleinen Broschüre zusammengefasst werden, die dann den Stromkunden des EW Stäfa angeboten wird.

Mit einer solchen längerfristigen Jubiläumsaktion wird den Lesern der Regionalzeitung ein ganzes Jahr lang immer wieder in Erinnerung gerufen, dass das EW sich der Anliegen seiner Abnehmer annimmt und was es überhaupt für sie leistet; bestimmt ein wertvoller Beitrag zum Aufbau eines tragfähigen Vertrauensverhältnisses. *Ro*

Par cette opération de longue durée, les lecteurs du journal local se verront rappeler pendant toute une année que le Service de l'électricité prend leurs préoccupations au sérieux et ce qu'il représente pour eux. Voilà certainement un moyen fort judicieux pour le développement du climat de confiance. *Ro*

Pressespiegel – Reflets de presse

EEK: Mehrheiten trotz «Dritteln»

Durch die Einteilung der Eidg. Energiekommission in drei etwa gleich grosse Gruppen gerät gelegentlich etwas in Vergessenheit, dass sich bei verschiedenen Detailentscheiden doch mehr oder weniger deutliche Mehrheiten ergeben haben.

Bei der Frage des Wirtschaftswachstums entschieden sich von insgesamt 21 Mitgliedern für

2,8 %	10 Mitglieder
2,0 %	6 Mitglieder
1,5 %	5 Mitglieder
Versorgungssicherheit 95 %	15 Mitglieder
Versorgungssicherheit 90 %	6 Mitglieder
Ölsubstitution durch Strom	16 Mitglieder
Beitrag Wärme-Kraft-Kopplung 375 GWh	11 Mitglieder
750 GWh	7 Mitglieder
1875 GWh	3 Mitglieder

Bei den Sparmassnahmen entschieden sich für das

Paket 1	12 Mitglieder
Paket 2	9 Mitglieder

Das Spar-Paket 1 umfasst die folgenden Massnahmen:

- Verbot von elektrischen Heizungen im Freien
- Bedarfsnachweis für Klimaanlagen
- Vorschriften über die Prüfung und Etikettierung elektrischer Geräte
- Isolationsvorschriften für neue, elektrisch beheizte Gebäude.

Das Spar-Paket 2 umfasst zusätzlich die folgenden Massnahmen:

- Einschränkung des Elektrizitätsverbrauchs neuer Geräte
- Förderung der Sanierung von Beleuchtungen am Arbeitsplatz
- Förderung der Sanierung von öffentlichen Beleuchtungen
- Nachweis, dass keine Gas- oder Fernwärmezone besteht
- Verbot von neuen elektrischen Widerstandsheizungen
- Verbot von neuen Elektroboilern; Ersatz durch Wärmepumpenboiler zur Warmwasserbereitung.

Im Paket 2 entfallen die Prüfung und Etikettierung elektrischer Geräte.

«Energie-Nachrichten», Bern, März 1981

VSE: «Lieber Stromüberschuss als Mangellage»

Zürich, 8. April. Die schweizerischen Elektrizitätswerke halten an ihrem «Zehn-Werke-Bericht» fest und sind auch heute noch der Ansicht, dass für die Versorgungssicherheit gegen Ende der achtziger Jahre nach Leibstadt ein weiteres grosses Kernkraftwerk notwendig sei. Dies sei eine realistische Prognose, betonte der Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke (VSE) an einer Pressekonferenz, in der er einen Kommentar zum vor anderthalb Monaten erschienenen Bericht der Eidgenössischen Energiekommission (EEK) abgab. Die EEK-Szenarien, die kleinere Elektrizitätslücken voraussagen, basierten auf Annahmen, die noch völlig in der Luft hingen, behauptet man beim VSE.

Der *«Zehn-Werke-Bericht»* der schweizerischen Elektrizitätswirtschaft kam 1979 in einer Vorschau auf die Elektrizitätsversorgung der Schweiz bis 1990 zum Schluss, dass zu einer sicheren Dekkung des Stromkonsums nach dem Kernkraftwerk Leibstadt in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre *ein weiteres grosses KKW* von 1000 Megawatt (MW) erforderlich sei. Der «Zehn-Werke-Bericht» wurde von der Elektrizitätswirtschaft als Bedarfsnachweis für das Kernkraftwerk Kaiseraugst vorgelegt.

Um beurteilen zu können, ob der Bedarf für ein weiteres Kernkraftwerk wirklich gegeben sei, liess der Bundesrat von der EEK einen entsprechenden Bericht erarbeiten. Dieser wurde Ende Februar veröffentlicht und kam im wesentlichen zum Schluss, dass die für das Ende der achtziger Jahre zusätzlich benötigte Kraftwerksleistung von verschiedenen *Voraussetzungen* abhange. So spiele die Entwicklung des *Wirtschaftswachstums* eine Rolle, dann seien die *Preise* der verschiedenen Energieträger Grössen, die die Entwicklung des Elektrizitätskonsums beeinflussen, und schliesslich komme das Ganze wesentlich auf die *Elektrizitätspolitik* an, die betrieben werde.

Kleinere Versorgungslücke dank Sparen?

Je nach den gewählten energiepolitischen Varianten sowie aufgrund leicht differierender Annahmen beim Wirtschaftswachstum und der Versorgungssicherheit kamen die EEK-Mitglieder dabei zu *verschiedenen Versorgungslücken,* die es 1990 aufzufüllen gelte. So glaubt ein Drittel, die Versorgungslücke werde Ende der achtziger Jahre rund 1000 MW betragen, entsprechend der Leistung eines grossen Kernkraftwerks. Ähnlich gross beurteilt auch der «Zehn-Werke-Bericht» die Lücke. Ein zweites Drittel der EEK kam jedoch zur Ansicht, dass mit entsprechenden Massnahmen die Versorgungslücke auf 170 bis 680 MW zu reduzieren sei, und das dritte Drittel glaubt sogar, 1990 sei ein Stromüberschuss vorhanden. Die kleinere Versorgungslücke beziehungsweise die Stromüberschüsse sind bei diesen beiden Varianten das Resultat einer mehr oder weniger starken Förderung von *Sparmassnahmen* sowie dezentraler *Wärmekraftkopplungsanlagen.* Zum Teil gibt es bei diesen Szenarien auch Verbote von elektrischen Widerstandsheizungen und Elektroboilern.

Skepsis gegenüber Wärmekraftkopplung

Gegen eine solche gezielte Reduktion des Elektrizitätsverbrauchs sowie der Elektrizitätserzeugung in Kernkraftwerken setzt sich nun der VSE zur Wehr. Die Annahmen der von den Umweltorganisationen befürworteten Szenarien hingen *völlig in der Luft,* hiess es. Eine vermehrte Nutzung von Wärmekraftkopplungsanlagen führe, überspitzt formuliert, zu einer *Stromerzeugung mittels Öl statt Uran.* Wärmekraftkopplungsanlagen sind Maschinen, die gleichzeitig die Nutzung von Strom und Wärme ermöglichen und damit gegenüber konventionellen Heizungen eine deutlich verbesserte Ausnutzung des Öls erlauben. Sie können übrigens auch mit Gas oder Kohle betrieben werden. Von den Umweltkreisen wird die Wärmekraftkopplung befürwortet, weil bei der Raumheizung dadurch ohne ein Ansteigen des Ölverbrauchs zugleich Strom erzeugt werden kann.

Trotz den Angriffen auf die *Elektroheizung,* bei der in den Augen mancher Energiefachleute unnötig kostbare Energie zum Heizen eingesetzt wird, hält der VSE auch diese Art von Substitution von Öl durch Uran für sinnvoll. Uran könne man für sonst nichts gebrauchen.

Im übrigen wurde an der Pressekonferenz betont, dass die Elektrizitätswerke Dienstleistungen erbringen und dass vorläufig, solange keine politischen Eingriffe vorgenommen würden, der Bedarf einfach jährlich ansteige. Jedes Jahr ohne Entscheidung beschleunige den *Versorgungsengpass.* Und Versorgungslücken seien um jeden Preis zu vermeiden. Das Risiko einer zu grossen Reserve sei kleiner als dasjenige einer Mangellage, warnt man beim VSE.

Heidi Blattmann

«Tages-Anzeiger», Zürich, 9. April 1981

SIEMENS-ALBIS
AKTIENGESELLSCHAFT

Wenn es um Giessharz-Transformatoren geht...

Ein Beispiel
für Qualität und Sicherheit ist unser GEAFOL®-Transformator. Sichere und umweltfreundliche Technik für schwerpunktnahe Stromversorgung.

Ein Sortiment
Trafo-Union lieferte weltweit bereits mehr als 10'000 GEAFOL®-Transformatoren, mit Leistungen von 50 KVA – 10 MVA bei Spannungen bis 36 kV.

Ein Partner
Die Siemens-Albis AG vertritt die Trafo-Union in der Schweiz. Jahrzehntelange Erfahrung, das Know-how um die Besonderheiten im Schweizer Markt, verbunden mit dem Zugriff zu den Technologien eines weltweit tätigen Unternehmens, machen uns zu Ihrem kompetenten Partner in der Energietechnik.

Trafo-Union

Vertreten in der Schweiz durch:
Siemens-Albis AG
Energie-Erzeugung und -Verteilung
Freilagerstrasse 28
8047 Zürich, Tel. 01/247 31 11
1020 Renens, 021/34 96 31
6904 Lugano, 091/51 92 71

sprechen Sie mit Siemens-Albis

41.TU.2

SIEMENS-ALBIS
AKTIENGESELLSCHAFT

Wenn es um Transformatoren geht...

Ein Beispiel
für die Leistungsfähigkeit der Trafo-Union ist dieser 40-MVA-Netztransformator. Er ist bei natürlicher Kühlung bahntransportfähig. Sein Geräuschpegel liegt unter 45 dB (A).

Ein Sortiment
Trafo-Union liefert weltweit für jeden Bedarf den richtigen Transformator. Angefangen beim kleinsten Verteilungs-Transformator bis zum grössten Maschinentransformator von über 1000 MVA Leistung.

Ein Partner
Die Siemens-Albis AG vertritt die Trafo-Union in der Schweiz. Jahrzehntelange Erfahrung, das Know-how um die Besonderheiten im Schweizer Markt, verbunden mit dem Zugriff zu den Technologien eines weltweit tätigen Unternehmens, machen uns zu Ihrem kompetenten Partner in der Energietechnik.

Trafo-Union

Vertreten in der Schweiz durch:

Siemens-Albis AG
Energie-Erzeugung und -Verteilung
Freilagerstrasse 28
8047 Zürich, Tel. 01/247 31 11

1020 Renens, 021/34 96 31

6904 Lugano, 091/51 92 71

sprechen Sie mit Siemens-Albis

41.TU.1

Babylonische Zustände

Sicher können sich die meisten noch an die Geschichte vom Turmbau zu Babel erinnern. Da heisst es unter anderem, dass die Leute in allen möglichen Zungen redeten und dass sie sich gegenseitig nicht mehr verstehen, nicht mehr verständigen konnten.

Die Basis zur Verständigung fehlte. Das gigantische Bauvorhaben erwies sich als Utopie, weil keine Koordination mehr möglich war, weil jeder an einem andern Strick zog.

Diese Parabel fiel mir in den letzten Tagen wieder ein, als ich den Geschäftsbericht 1980 der Kernkraftwerk Kaiseraugst durchblätterte und als ich dabei auf den folgenden Passus stiess: «Im Laufe des Jahres 1980 hat sich die neugebildete Eidgenössische Energiekommission (EEK) in über einem Dutzend Sitzungen mit dem Bedarf an neuen Elektrizitäts-Produktionsanlagen befasst. Sie hat am 5. Dezember 1980 ihren Schlussbericht zuhanden des Bundesrates verabschiedet. Wie aufgrund der Zusammensetzung der Kommission nicht anders erwartet werden konnte, gehen die Auffassungen darüber auseinander, ob im Winter 1989/90 eine Stromversorgungslücke bestehen werde, wie gross diese allenfalls sei und wie sie geschlossen werden solle.»

Wie man weiter erfährt, rechnet ein Drittel der Kommission zu diesem Zeitpunkt mit einem Mangel von 1000 MWh, ein weiteres Drittel mit einem Mangel in der Grössenordnung von 170 bis 680 MWh. Das restliche Drittel erwartet auch bis zur Jahrhundertwende keine Versorgungslücke.

Die Fachleute sind also völlig verschiedener Ansicht. Wie soll da noch der gewöhnliche Bürger eine Übersicht haben? Dass wir im Zusammenhang mit der Energieversorgung heute ein wirklich babylonisches Gewirr haben, daran sind in erster Linie die zuständigen Instanzen schuld, die auch heute noch kaum bereit sind, die betroffene Öffentlichkeit zu informieren. Das Volk ist als Konsument recht, mehr soll es nicht wissen.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass man dem Volk ganz bewusst die ihm zustehenden Informationen vorenthält. Bei besserer Information könnte nämlich das Volk durchaus auf den Gedanken kommen, sich auch ein Stück vom grossen Kuchen abzuschneiden, der heute im eingeweihten kleinen Kreis aufgeteilt wird.

Im Zusammenhang mit dem Heimfall verschiedener grosser Wasserkraftwerke in unserm Kanton in den nächsten Jahrzehnten, wird davon gesprochen, dass sich der Staat vermehrt an diesen Werken beteiligen müsse. Dem ist recht so, doch muss man sich auch gleichzeitig bewusst sein, dass der Staat nicht irgendein utopisches Gebilde ist, sondern dass er aus der Gesamtheit seiner Bürger besteht, die ihn erst ausmachen. Damit dann beim Heimfall die heute herrschenden Zustände nicht noch babylonischer werden, muss eine bessere Information angestrebt werden. Versprechen auf Information genügt nicht. *bwy*

«Walliser Volksfreund», Naters, 15. April 1981

Strom-Prognosen

In den letzten Wochen ist viel über den Strombedarf der Zukunft geschrieben worden und auch über den Verbrauch in den letzten Jahren, der höher ausgefallen ist als angenommen.

Prognosen über die wirtschaftliche Zukunft gibt es viele. Sie haben die Eigenschaft, nicht bloss schwierig, sondern meist auch falsch zu sein. Mit dem Atomgesetz von 1978, das den Bau neuer Kernkraftwerke von einem Bedarfsnachweis beim Bund abhängig macht, ist leider die Spekulation um die künftige Entwicklung des Stromverbrauchs in der Schweiz zu einer Art politischem Gesellschaftsspiel geworden.

Über Zahlen lässt sich streiten. Wie gross ist das Wachstum des Stromverbrauchs in den kommenden zehn Jahren? Mit Sicherheit weiss man es nicht, nicht einmal die Eidgenössische Energiekommission, wie sie in ihrem Schlussbericht selber schreibt. Wir sollten daher endlich aufhören mit dem kleinlichen Geplänkel darüber, ob im Jahre 1990 einige 100 Megawatt Leistung mehr oder weniger benötigt werden. In den vergangenen Jahrzehnten – ohne Atomgesetz – gab es diesen unfruchtbaren Streit auch nicht, und dennoch ist unser Land vor Stromknappheit stetig verschont geblieben. Trachten wir also nach einer ausreichenden Stromversorgung im Winterhalbjahr, aber auch für eine angemessene Kapazitätsreserve für den Fall einer Werkpanne. Und wenn dann im Sommer, gelegentlich vielleicht sogar auch im Winter (Sicherheitsreserve), Produktionsüberschüsse exportiert werden müssen, dann sollten wir nicht nur froh über die sich damit abzeichnende Versorgungssicherheit sein, sondern wissen, dass es billiger ist, Stromüberschüsse dem Ausland zu verkaufen, als dem Konsumenten die erheblichen Kosten für stillstehende Reservekraftwerke zu überbinden, und dass es zweitens volkswirtschaftlich zweckmässiger ist, im Sommer Stromexporte zu tätigen, als im Winter eventuell Teile unserer Wirtschaft wegen Strommangels stillzulegen. *A. Zurbrügg*

Leserbrief aus «Der Bund», Bern, 23. April 1981

Inkonsequente Schweizer

In dem nun zu Ende gehenden kalten Winter hat der schweizerische Stromverbrauch alle Rekorde geschlagen und in einigen Regionen gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres bis um 22% zugenommen. Dies hat der Verband schweizerischer Elektrizitätswerke gemeldet. Die gleichen Schweizer, welche sich so gerne der angenehmen elektrischen Energie bedienen, reagieren aber sauer, wenn in der Nähe ihres Hauses eine neue Hochspannungsleitung gebaut wird. Auch das vernimmt man vom Verband schweizerischer Elektrizitätswerke. Am besten wäre es halt schon, man könnte den Strom kiloweise im Elektrizitätsladen einkaufen und zu Hause aufbewahren. Die Herren Techniker sind höflich gebeten, etwas derartiges für das inkonsequente Schweizervolk zu erfinden. Aber bitte nicht in Form schwerer Batterien, sonst muss die Sache wieder per Lastwagen transportiert werden, und gegen diese hat man ja vielerorts auch etwas ... *«Schweiz. Gewerbe-Zeitung», Bern, 9. April 1981*

Jedermann-Markt Uran

Der von Kanada gegen die Schweiz und andere Länder verhängte Uran-Boykott berührt die Kernkraftwerke betreibenden Elektrizitätsgesellschaften heute kaum noch; das Ausbleiben kanadischer Brennstofflieferungen kommt ihnen im Gegenteil jetzt eher gelegen, denn die Gesellschaften können heute Uran zu Preisen einkaufen, die erheblich günstiger sind als die in den kanadischen Lieferverträgen festgelegten Konditionen. Der flüssig gewordene Uranmarkt hat dafür gesorgt. Die Gesellschaften nehmen es Bundesrat Pierre Aubert und seiner Delegation deshalb auch gar nicht übel, dass während des letztwöchigen Kanada-Besuches in Sachen Uran nichts erreicht worden ist. Man hat übrigens auch gar nichts erwartet, da die Wirtschaft die kanadische Argumentation und Haltung zur Genüge kennt.

Wachsende Überproduktion

Während der Uranmarkt bis etwa 1977 völlig ausgetrocknet war und Preise bis zu 60 Dollar pro Pfund erzielt werden konnten, hat heute ein Überangebot die einstige Knappheit abgelöst. Die völlig veränderte Situation ist auf drei Gründe zurückzuführen:

– *Die Appelle der OECD an die Urangesellschaften in den siebziger Jahren, zur Vermeidung einer Knappheit neue Minen zu eröffnen, haben Früchte getragen.*

– *Gleichzeitig haben sich die Kernenergie-Bauprogramme in zahlreichen Ländern verzögert.*

– *Drittens haben viele Gesellschaften, die Kernkraftwerke betreiben, in den letzten Jahren grosse Lager angelegt, um einerseits einer Verknappung vorzubeugen und um anderseits die immer höheren Preise nicht in Kauf nehmen zu müssen.*

Eine Überproduktion steht deshalb heute einem Minderbedarf gegenüber. Eine solche Situation führt in der Regel zu Preisabschlägen, sogar Preisstürzen. Einen solchen erlebte auch das Uran, das von durchschnittlich etwas über 40 Dollar pro Pfund in der Hochpreiszeit auf 25 Dollar abgesackt ist.

Spotmarktpreise

Dieser Preissturz muss allerdings differenziert betrachtet werden, denn er gilt nur für etwa 15% der weltweit gelieferten Uranmengen. Diese kleinere Menge wird auf dem Spotmarkt gehandelt, der ähnlich jenem des Erdöls funktioniert, auf ein Überangebot aber eher stärker reagieren dürfte. 85% des Uranbedarfs sind durch langfristige Verträge mit Preisen garantiert, die trotz Überangebot nicht nach unten korrigiert werden können. So sind heute jene die Geprellten, die seinerzeit mit Knappheit gerechnet und solche Verträge in der Hochpreiszeit abgeschlossen haben. Sie bezahlen auch

– *heute noch bis zu 60 Dollar pro Pfund. Glücklich können sich allerdings jene schätzen, die noch vor der Ölkrise von 1973/74 be-*

sonders langfristige Verträge mit Preisen von damals lediglich 20 Dollar abgeschlossen haben.

Sie dürften aber in der Minderheit sein. Als das kanadische Embargo wirksam wurde, mussten sich die schweizerischen Gesellschaften nach anderen Quellen umsehen. Sie konnten dabei die sich zu diesem Zeitpunkt abzeichnende Überangebotssituation nutzen: «*Wir profitieren heute von der Marktlage*», stellte *Dr. Jacques Rognon*, Verantwortlicher für Kernbrennstoff bei den *Bernischen Kraftwerken*, gegenüber der «*SHZ*» fest. Er bestätigt, dass die Elektrizitätswirtschaft zurzeit nicht mehr so sehr an der Lösung der Boykott-Frage mit Kanada interessiert ist wie noch vor drei Jahren: «*Wir brauchen für die nächsten Jahre kein kanadisches Uran.*»

– Die schweizerischen Gesellschaften sind zum Teil bis 1986, zum Teil gar bis 1992 vertraglich mit Uran eingedeckt. Der Brennstoff stammt zu 68% aus den USA, zu 22% aus Südafrika, während sich die restlichen 10% auf Gabun, Namibia und Niger verteilen.

Im Herbst mit Australien

Dieses Verhältnis wird sich im Laufe der achtziger Jahre nur geringfügig ändern. Bis 1990 benötigen die Gesellschaften jedenfalls kein kanadisches und auch kein australisches Uran. Dr. Rognon hat zwar bestätigt, dass das Departement für auswärtige Angelegenheiten voraussichtlich im Herbst mit Australien Verhandlungen aufnehmen wird, die zu einem, vom fünften Kontinent gewünschten, Staatsvertrag über Uranlieferungen führen sollen. Die Elektrizitätsgesellschaften wollen aber für dieses Jahrzehnt, wie Rognon betonte, noch keine kommerziellen Verträge mit Australien abschliessen. Einerseits ist der Bedarf für mehrere Jahre gedeckt und anderseits wollen die Gesellschaften abwarten, wie das schweizerische Kernenergieprogramm weiterläuft, insbesondere was die geplanten KKW Kaiseraugst und Graben anbelangt. Langfristig sind aber, so Rognon, sowohl Kanada wie auch Australien interessante Partner für uns.

Urs Obrecht

«Schweiz. Handels-Zeitung», Zürich, 7. Mai 1981

Recours rejetés

Le Conseil fédéral a rejeté les recours déposés contre l'exploitation de la centrale nucléaire de Gösgen-Däniken. Les différents recourants – organisations et particuliers – n'ont obtenu gain de cause que sur un seul point: les prescriptions techniques concernant les émanations radio-actives à l'intérieur même de la centrale et dans l'environnement ont été renforcées. Selon un communiqué du Département fédéral de justice et police, 80% des frais d'honoraires des experts qui ont examiné les recours, soit 15000 fr., ont été mis à la charge des recourants.

Une vingtaine de particuliers et d'organisations ont déposé des recours contre l'autorisation d'exploiter que le Département fédéral des transports, des communications et de l'énergie a accordée en automne 1978 à la centrale nucléaire de Gösgen. Selon eux, seule une centrale offrant une sécurité absolue satisfait aux exigences de la loi sur l'énergie atomique.

En rejetant ces recours, le Conseil fédéral note qu'aucune installation ne peut offrir une sécurité absolue. On peut tout au plus avoir la certitude que les mesures de sécurité prises rendent extrêmement improbable un accident ayant des suites catastrophiques.

Cette manière de voir, explique encore le Conseil fédéral, répond à la volonté populaire exprimée dans diverses votations: il faut s'accommoder d'une part inévitable de risques lorsqu'un ouvrage est indispensable à l'approvisionnement du pays. *(ats)*

«Tribune de Lausanne/Le Matin», Lausanne, le 9 mai 1981

Kohle interessiert auch die Elektrizitätswirtschaft

sda. Nicht nur die Kohleindustrie und die Region Basel, sondern auch die schweizerischen Elektrizitätswerke sind interessiert an der Idee, im Raum Basel ein Kohle/Gas-Heizkraftwerk zu bauen. Das ist das Fazit einer Forums-Veranstaltung der Basler Handelskammer. Die Regierungen von Basel-Stadt und Baselland verlangen bei ihren Kantonsparlamenten zur Abklärung dieser Frage Kredite von je 750000 Franken.

Vom politischen Gesichtspunkt aus sei die Abklärung der Möglichkeit, im Raum Basel ein Kohle/Gas-Heizkraftwerk zu errichten, zweifellos nötig, betonte Nationalrat Dr. Paul Wyss (FDP), Vizepräsident und Delegierter der Basler Handelskammer. In Volksentscheiden habe sich die Bevölkerung unmissverständlich nicht nur gegen Kernkraftwerke in der Region, sondern auch gegen die Beteiligung an anderen Kernkraftwerken ausgesprochen, so dass – neben dem Sparzwang – jede Alternative in der Stromerzeugung geprüft werden müsse. Mit den übrigen Referenten verwies er auf die Vorteile, die der Raum Basel dank dem Rhein als Transportweg für ein Kohlekraftwerk aufweist.

«Nicht nur verdienstvoll, sondern notwendig» ist nach Meinung der schweizerischen Elektrizitätswerke die Prüfung und Konkretisierung der Idee eines Kohle/Gas-Kraftwerks im Raum Basel. Die weitere Verfolgung der Kohlekraftwerk-Idee dürfe aber «keinesfalls als Vorwand für eine weitere Verzögerung längst fälliger politischer Entscheide über den Zubau weiterer Kernkraftwerke dienen», meinte VSE-Präsident Hanspeter von Schulthess.

«Option Kohle aufrechterhalten»

Im Vordergrund der Energiepolitik der beiden Basel stehe konsequentes Energiesparen und die Substitution des Erdöls, erklärte der Baselbieter Baudirektor, Regierungsrat Paul Nyffeler. Bei der Erschliessung neuer Energiequellen liege das Hauptgewicht auf der Prüfung eines Heizkraftwerks auf der Basis Kohle/Gas: «Es bietet die Möglichkeit, eine eigenständige Energiepolitik zu betreiben und erst noch einen Beitrag zur gesamtschweizerisch erwünschten Politik zur Diversifikation der Energieproduktion zu leisten. Die Option Kohle muss auf alle Fälle aufrechterhalten werden.»

«Aargauer Tagblatt», Aarau, 24. April 1981

Genève importe la moitié de son électricité

Dans le cadre des conférences organisées par l'Institut national genevois, trois personnalités se sont exprimées mercredi soir sur l'économie et les infrastructures énergétiques à Genève.

M. C. Raffestin, professeur à la Faculté des sciences économiques et sociales, a d'abord brossé un tableau historique de la mise en place des infrastructures énergétiques à Genève qui datent du siècle passé. L'apparition successive de l'alimentation genevoise en eau, en gaz et en électricité s'est faite de manière difficile et indépendante pour aboutir en 1896 à la municipalisation de ces services par la Ville.

Dès cette époque, commence une phase dite de «régie directe» qui évolue non sans peine au travers de la première guerre mondiale et des crises des années 30. Elle s'accompagne d'une forte augmentation de la population et d'une demande qu'il sera difficile de satisfaire. De plus, la régie directe se trouve dans l'impossibilité d'alimenter la campagne genevoise par des services qui se limitent à la ville. En 1931, la régie autonome trouve le jour, ce qui permet aux Services Industriels de fêter cette année leur 50e anniversaire.

M. P. Tschopp, également professeur à la faculté des sciences économiques et sociales, a ensuite exposé les 50 années qui nous séparent de cette fondation.

Les récentes crises du pétrole ont amené les spécialistes à reconsidérer les problèmes énergétiques d'après des critères nouveaux dont l'économie d'énergie et l'encouragement à la recherche d'une énergie de substitution sont les pilliers essentiels.

M. J. Ducret, président des Services Industriels, a conclu cette conférence en insistant sur la difficulté du dernier point. Si l'alimentation en gaz et en eau a trouvé une solution momentanée, il n'en est pas de même pour l'électricité dont Genève importe plus de la moitié de ses besoins. *DR*

«Journal de Genève», Genève, le 9 mai 1981

Seilziehen um Wasserkraft

Graubünden lancierte eine Standesinitiative, welche die verstärkte Besteuerung für Partnerwerke der Elektrizitätswirtschaft bezweckt. Die Tessiner und die Urner unterstützen den Vorstoss. Worum geht es? In den fünfziger und sechziger Jahren wurden die grossen Wasserkraftwerke mit Stauseen von Aktiengesellschaften erbaut, an denen sich Elektrizitätsunternehmen wie NOK, BKW und ATEL beteiligten, daneben auch der Standortkanton selbst, der das Werk aus eigener Kraft niemals hätte erstellen können. Nun sind die Aktionäre gleichzeitig Partner, die sich verpflichten, im Verhältnis ihrer Beteiligung für die Betriebskosten aufzukommen und dafür den entsprechenden Anteil an Strom zu beziehen. Die Gegner behaupten

nun, dass dadurch den Partnern die Energie zum Gestehungskostenpreis geliefert w. d, so dass die Gewinne nicht im Standortkanton, sondern bei den ausserkantonalen Partnern erzielt werden.

Die jetzigen Vorstösse der Bergkantone werden gelegentlich «als Opec-Politik» oder «Arabisierung» bezeichnet. Das beruht auf einem grundlegenden Denkfehler. Ölvorräte sind beschränkt und werden früher oder später erschöpft sein. Hohe Preise, solange eben der Vorrat reicht, sind verständlich. Aber die Wasserkraft erschöpft sich nicht, sondern erneuert sich ständig. Daher ist auch jegliche Ölscheich-Mentalität fehl am Platz.

Ebenso falsch ist es, von reinen Gestehungskosten zu sprechen, welche die Partner den Kraftwerken vergüten. Betrachten wir da einmal die zwei Partnerwerke im Tessin, Maggia- und Bleniowerk: Im Geschäftsjahr 1979/80 des Maggiawerkes betrug die Spesenvergütung der Partner rund 69 Millionen Franken. Darin sind aber nicht nur die eigentlichen Betriebskosten enthalten, sondern noch 16 Millionen Abschreibungen und 5,56 Millionen Gewinn, der eine Dividende von 5¼ % erlaubt und als Einkommen im Tessin versteuert wird, während die Anlagen der Vermögenssteuer unterliegen. An Steuern vergüteten die Partner 5,1 Millionen und an Wasserzinsen 4,47 Millionen, welche ganz dem Kanton zufallen. Beim Bleniowerk wiederum erreichten 1979/80 die Steuern und Wasserzinsen 6,7 Millionen. Die kleine Gemeinde Ghirone mit 70 Einwohnern, auf deren Gebiet aber die Staumauer Luzzone steht, bezieht an Steuern 120000 Franken!

Aber damit sind die Vorteile noch nicht erschöpft. Strassenbauten für den Werkverkehr förderten die Erschliessung der Täler für den Tourismus. Früher waren Campo Blenio und Ghirone nur durch die Sostoschlucht erreichbar, bis das Bleniowerk von Olivone aus eine lawinensichere Strasse anlegte, womit die beiden Orte dem Wintersport erschlossen sind. Sehr wichtig ist schliesslich die Heimfallklausel: Nach Ablauf der Konzession fallen die festen Anlagen gratis an den Kanton. Eine interne Gesetzesänderung, dass die Wasserzinsen wie im Wallis den Gemeinden zukommen, wäre also bestimmt besser als ein «Melken» der Partnerwerke. *George Jedlicka*

«Wir Brückenbauer», Zürich, 10. April 1981

Kaiseraugst avant le coup de grâce?

Le jour «J» approche à toute vitesse pour le projet contesté de centrale nucléaire de Kaiseraugst. Mercredi soir, les opposants – représentant la région bâloise presque compacte – ont fait une fois encore le siège d'une délégation du Conseil fédéral. Pendant quatre heures et demie d'horloge, Léon Schlumpf, Hans Hürlimann et Fritz Honegger les ont patiemment écoutés. La proposition du gouvernement est imminente. Elle est attendue avant l'été. Puis, les Chambres auront le dernier mot.

Qui donnera le coup de grâce à Kaiseraugst? Le projet a déjà beaucoup de choses contre lui. La majorité des gouvernements cantonaux. Le Conseil des Etats (en décembre 1979, la Chambre des cantons recommandait au gouvernement central par voie de postulat d'entamer les négociations pour renoncer à l'usine). La commission fédérale de l'énergie de Fulvio Caccia aussi (aucune majorité ne s'y dégage pour encourager franchement la construction de nouvelles centrales après Leibstadt).

Ce ne sera pas tout. De nouveaux rapports d'experts sont attendus. Celui sur la sécurité des installations atomiques ne devrait pas apporter de révélations bouleversantes. Par contraste, celui consacré aux chamboulements météorologiques dans la région bâloise – le rapport Climod – pourrait apporter une ou deux surprises. Il est prévu pour juin. Dès à présent, la région de Bâle – Allemagne, France et Suisse réunies – est l'une des plus chargées en usines atomiques et autres. Mais c'est l'affaire politique qui fera la décision. C'est-à-dire la résistance de toute une région.

Sera-ce le coup de grâce – si Kaiseraugst succombe – pour toutes les nouvelles centrales nucléaires? Pas sûr. Le projet de Graben, dans le canton de Berne – qui attend son tour – a moins de choses contre lui. Les cantons sont plus partagés. Aucune Chambre fédérale n'a fait le moindre geste contre lui. La région de Graben est moins menacée par les constructions industrielles. Surtout, la pression politique y est nettement moins rude. Les atomistes peuvent perdre une bataille. La guerre? Hum! *G. Plomb*

«La Suisse», Genève, le 1er mai 1981

Höhere Versicherungsdeckung für Kernenergierisiken

Bern, 7. Mai. (sda) Die zuständige Kommission des Nationalrates, die sich mit dem Entwurf zu einem *Kernenergiehaftpflichtgesetz* (KHG) befasst, hat am Donnerstag in Bern mit der Detailberatung begonnen, nachdem sie an einer früheren Sitzung einstimmig auf die Vorlage eingetreten war. Das von Nationalrat Christian Grobet (sp., Genf) präsidierte Gremium liess sich durch eine Delegation des Schweizerischen Pools für die Versicherung von Nuklearrisiken über die Funktionsweise der Haftpflicht- und Sachversicherung bei Kernanlagen orientieren und konnte dabei zur Kenntnis nehmen, dass die Versicherungsdeckung von 200 Mio. auf *300 Mio. Fr.* (zuzüglich 30 Mio. für Zinsen und Kosten) *erhöht* wird, da das internationale Rückversicherungssystem neuerdings eine erhöhte Versicherungsdeckung zulässt.

Das vom Ständerat als erster Kammer in der Dezembersession 1980 verabschiedete KHG sieht eine unbeschränkte Haftpflicht der Inhaber von Atomanlagen vor. Bis zu 200 Mio. soll die Haftung durch private Versicherer gedeckt werden, bis zu einer Milliarde gegen entsprechende Prämien durch den Bund, darüber hinaus durch alle eigenen Mittel des Haftpflichtigen.

Die Nationalratskommission wird am 31. August zu ihrer nächsten Sitzung zusammentreten. In Kommissionskreisen rechnet man noch mit längeren Beratungen, so dass das Geschäft *möglicherweise nicht mehr in diesem Jahr* vor die grosse Kammer kommt.

«Neue Zürcher Zeitung», Zürich, 8. Mai 1981

Kaiseraugst und Graben: Die Bewegung bereitet sich vor

Der Entscheid, ob Kaiseraugst und Graben gebaut werden können, steht vor der Tür. Nach einer eher ruhigen Zeit seit der Atomschutzabstimmung hat die Anti-AKW-Bewegung diese Sturmzeichen erkannt und rüstet sich für die kommenden entscheidenden Auseinandersetzungen. Den Auftakt gemacht haben ein nationaler Aktionstag der Nationalen Koordination der Atomkraftgegner/innen (NK) unter dem Motto «Stoppen wir das Atomprogramm jetzt» und regionale Mobilisierungen in Kaiseraugst und Graben.

In Graben haben über 1500 Leute mit ihrer Teilnahme am Marsch gegen den Ausbau der Zubringerstrasse für das geplante AKW gezeigt, dass sich der Widerstand in der Region gefestigt hat und über das «Komitee Graben Nie» die gesamte Anti-AKW-Bewegung der Region zu einheitlichen Aktionen mobilisiert werden kann. Der Erfolg dieser Demo bildet gleichzeitig auch einen guten Auftakt für den beginnenden Abstimmungskampf für die kantonale Atomschutzinitiative, welcher als eigentlichem bernischem Graben-Plebiszit grosse Bedeutung zukommt.

Trügerische Stille herrschte lange Zeit um Kaiseraugst. Die «Feier» zum 6jährigen Baustopp sollte deshalb vor allem schlummernde Kräfte der Bewegung wieder reaktivieren helfen und die Diskussion um ein einheitliches Vorgehen der Bewegung vorantreiben. Doch anstatt den erwarteten einigen Hundert kamen gegen 3000 AKW-Gegner/innen auf das Gelände in Kaiseraugst. Dieser unerwartete Grosserfolg zeigt aber auch die momentane Schwäche der Bewegung: Trotz ungebrochenem Widerstandswillen gegen die Atomfabrik fehlt es in der Nordwestschweiz an einer das gesamte AKW-Gegner-Spektrum umfassenden regionalen Koordinationsstruktur. Dies wieder aufzubauen, muss ein Hauptanliegen der nächsten Zeit sein, soll der Kampf gegen den zentralisierten Gegner erfolgreich geführt werden können. Die nächsten Mobilisierungen, vor allem die nationale Demo im Juni, werden zeigen, ob diese ersten regionalen Erfolge auch auf nationaler Ebene zum Wiederaufschwung der Bewegung genutzt werden können.

«Bresche», Zürich, 13. April 1981